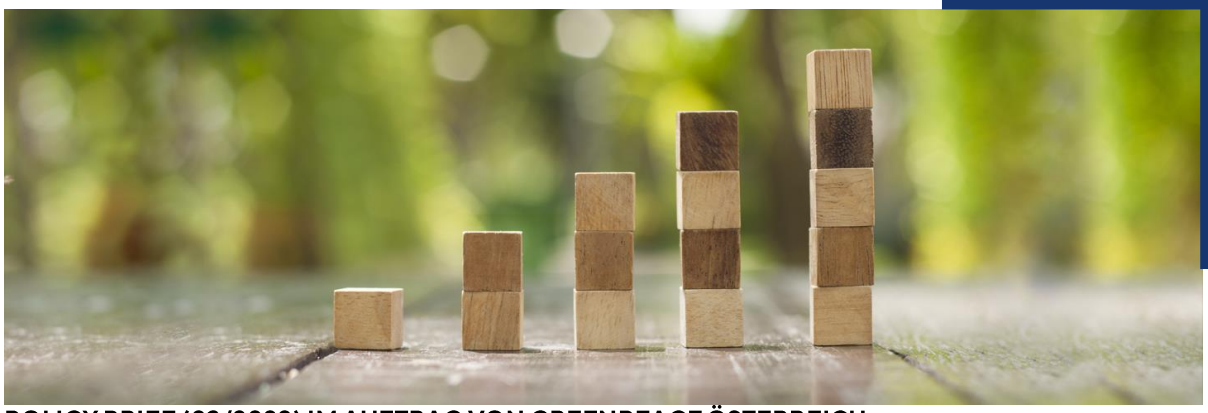


POLICY BRIEF (03/2020) IM AUFTRAG VON GREENPEACE ÖSTERREICH

Wie notwendige Wirtschaftshilfen die Corona-Krise abfedern und die ökologische Transformation beschleunigen können – Update für Österreich[1]

Die Corona-Krise erschüttert in diesen Tagen unsere Gesellschaft und zwingt den Staat zu Soforthilfen und weitreichenden Konjunkturmaßnahmen historischen Ausmaßes. Während wir Gesundheit und die kurzfristige Unterstützung von Arbeitnehmer*innen und Unternehmen in den Fokus rücken, dürfen wir die Fehler vergangener Wirtschaftskrisen nicht wiederholen und müssen bei allen Maßnahmen an morgen denken. Die geplanten Hilfen für einen wirtschaftlichen Neustart können die Weichen stellen für die notwendige Transformation. Klimaschutz kann und muss dabei Treiber der wirtschaftlichen Gesundung sein und ist Grundlage für unseren langfristigen Wohlstand. Anhand einiger Beispiele wollen wir illustrieren, wie kurzfristige wirtschaftliche Unterstützung mit unseren langfristigen gesellschaftlichen Prioritäten in Einklang gebracht werden können.

Von Holger Bär, Matthias Runkel und Leonard Müller[2]

[1] Der Beitrag ist ursprünglich mit Blick auf Deutschland verfasst worden (Bär/Runkel 2020). Diese Version wurde überarbeitet und mit Beispielen aus und für Österreich ergänzt.

[2] Die Autoren danken Swantje Fiedler, Ann-Cathrin Beermann, Jasmin Duregger, Klara Maria Schenk, Florian Zerzawy, Tobias Austrup und Adam Pawloff für viele hilfreiche Kommentare.

FÖS Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft

Die Ausbreitung des Coronavirus stellt Menschen und Unternehmen vor enorme Herausforderungen. Öffentliches Leben und Wirtschaft stehen in Teilen still. Neben den großen Herausforderungen für unser Gesundheitssystem drohen Kurzarbeit, Kündigungen, Liquiditätsengpässe, Insolvenzen und viele weitere Probleme.

Der Staat ist gezwungen, die betroffenen Haushalte und Unternehmen zu stützen. Im Eiltempo werden unter dem Druck der Krise weitreichende Entscheidungen getroffen und massive öffentliche Ausgaben beschlossen, die viele Jahre über die Corona-Krise hinaus wirken werden.

Das Papier soll ein erster Anstoß zur Debatte über die Gestalt dieser historischen Konjunkturmaßnahmen sein.[3] Finanzminister Gernot Blümel hat inzwischen auch anklingen lassen, dass ein Konjunkturpaket für die Zeit nach der Krise wahrscheinlich ist (Hürlimann 2020). Denn auch nach der Corona-Krise werden wir Lösungen für die Klimakrise, den Strukturwandel, wachsende Ungleichheit und andere gesellschaftliche Herausforderungen finden müssen. Die nun geplanten Hilfen für einen wirtschaftlichen Neustart können die Weichen stellen für die notwendige Transformation zu einer klimaverträglichen Wirtschaft.

1 Das kurzfristig Notwendige

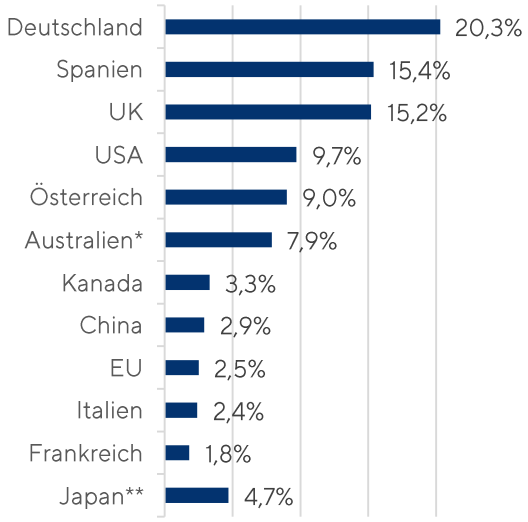
Der Fokus der bisherigen fiskal- und geldpolitischen Maßnahmen liegt richtigerweise auf der kurzfristigen Unterstützung von Betroffenen sowie der generellen finanziellen Entlastung von Bürger*innen sowie Selbständigen und Unternehmen. Zentral sind die Überbrückung der temporären Lohn- und Einnahmeausfälle etlicher Menschen sowie die kurzfristige, temporäre Unterstützung von betroffenen Unternehmen, um die wirtschaftlichen Folgeschäden der aktuellen Ausnahmesituation zu minimieren. “First, focus on hardship, not G.D.P” (Krugman 2020). Auch Banken werden unterstützt mit dem Ziel, die Kreditvergabe an Betroffene zu erleichtern und Liquiditätsengpässe zu überbrücken.[4]

Aufgrund der großen Unsicherheit bezüglich der kommenden Wochen und Monate stellen diese kurzfristigen Maßnahmen einen notwendigen Rettungsschirm für die vielen wirtschaftlich existenziell betroffenen Menschen dar. Private und betriebliche Insolvenzen aufgrund des temporären wirtschaftlichen Stillstands müssen möglichst verhindert werden, um zügig in einen normalen Wirtschaftsbetrieb zurückkehren zu können.

Dabei gilt ganz grundsätzlich, dass diese Maßnahmen *timely*, *targeted* und *temporary* sein sollten (Bofinger et al. 2020). Sie müssen schnell wirken, die Betroffenen adressieren und sich auf die Zeit der Krise begrenzen. Da dies nicht immer leistbar ist, sind ggf. auch weniger zielgenaue, weniger effiziente aber dafür schnell wirkende, effektive Maßnahmen nach dem Gießkannen-Prinzip notwendig.

Abbildung 1 stellt den Umfang der nationalen Maßnahmenpakete in Relation zum nationalen Bruttoinlandsprodukt BIP gegenüber. Deutschland kann mit einem 750 Mrd. Euro schweren Maßnahmenpaket rund ein Fünftel des nationalen BIPs ersetzen. In Österreich wären es derzeit rund 9%. Beide Länder profitieren von relativ geringen Staatsschuldenquoten (siehe z.B. Trading Economics 2019), die Spielraum für weitere Maßnahmen ermöglichen.

Abbildung 1: Volumen der Hilfsmaßnahmen relativ zum BIP



Quelle: eigene Darstellung auf Grundlage Quartz (2020). Ergänzende Datenquellen: * https://treasury.gov.au/coronavirus, ** https://www.japantimes.co.jp/news/2020/03/23/business/economy-business/japan-considers-%C2%A530-trillion-stimulus-fight-coronavirus-outbreak/#.XnymU4hKhPY

Die bestehenden sozialen Netze in Österreich sowie die bereits angestoßenen und angekündigten Maßnahmen werden einen Großteil der Betroffenen auffangen. Die Vorteile, die ein bedingungsloses Grundeinkommen in einer solchen Situation hätte, werden offenkundig. Die Krise zeigt, dass der gesellschaftliche Dialog (siehe z.B. Gkantiragas 2020) zur Einführung eines Grundeinkommens, weiter vorangetrieben werden sollte.

Je nach Dauer und Tiefe der wirtschaftlichen Rezession werden weitere Schritte notwendig sein. Eine Leitlinie kann dabei die Entlastung des Faktors Arbeit sein. Kurzfristig muss dies jetzt durch Verschuldung des Staates passieren; langfristig sollten die Steuereinnahmen des Staates

[3] An der Stelle sei auch explizit auf den Beitrag von Manfred Fischedick und Uwe Schneidewind (2020) verwiesen, der sich noch stärker mit der Langfristperspektive beschäftigt.

[4] Tabelle 1 am Ende des Papiers gibt einen Überblick zu beschlossenen Maßnahmen auf internationaler Ebene.

reformiert werden und stärker über den Faktor Umwelt finanziert werden (FÖS 2019). Verbunden damit ist auch die Frage nach der Gestaltung eines gerechteren Steuersystems, das neue Antworten auf die wachsende Ungleichheit bietet.

2 Lehren aus der Finanzkrise 2008

Wirtschaftskrisen lehren uns, dass sie immer **Chance und Risiko zugleich** sind. Sie bringen oft radikalen Wandel und richtungsweisende Entscheidungen – positiv wie negativ.

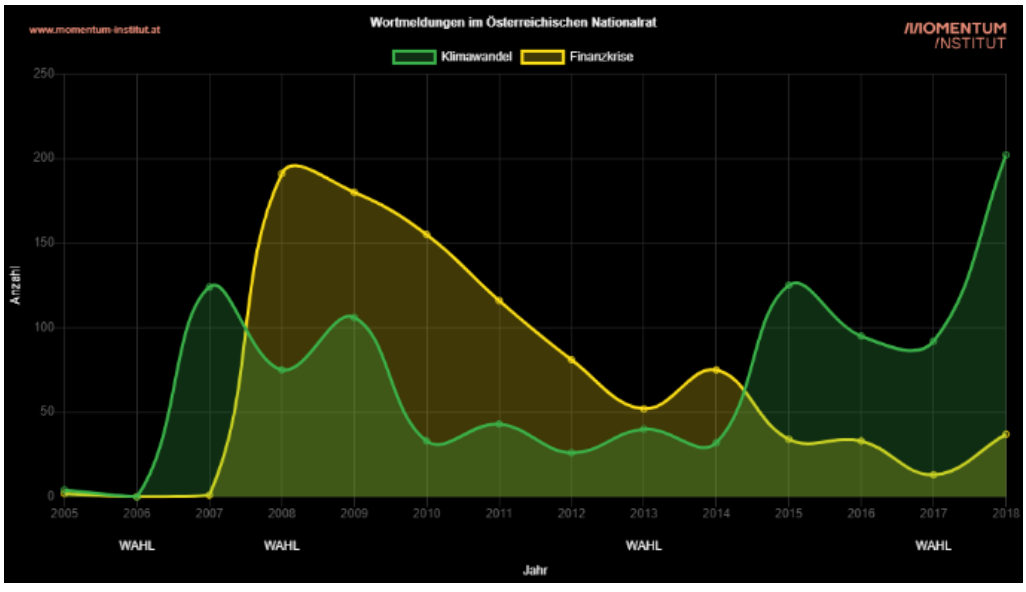
In der Finanzkrise 2008 wurden beispielsweise Klimaschutz und andere langfristige Ziele in den Hintergrund gedrängt, während stattdessen kurzfristige wirtschaftliche Interessen die politische Agenda dominierten. Klimaschutz verlor auf der politischen Agenda an Priorität. Jahrelang wurde der Klimawandel im Nationalrat spürbar weniger debattiert, bevor seine Präsenz wieder zunahm (siehe Abbildung 1). Für ein erneutes Verschieben haben wir keine Zeit. Wirtschaftlicher Aufschwung und Klimaschutz können – und müssen – dieses Mal Hand in Hand gehen.

Krisen sind Nährboden für neue Ideen – gute wie schlechte – und Katalysator für deren Verbreitung. Zu trauriger Berühmtheit gelangte die „Verschrottungsprämie" (offiziell: Ökoprämie[5]), die als Konjunkturmaßnahme ohne Berücksichtigung ökologischer Auswirkungen konzipiert wurde. In deren Folge wurden alte Fahrzeuge verschrottet, die noch Jahre hätten genutzt werden können. Ersetzt wurden sie durch Fahrzeuge, die im Durchschnitt stärker motorisiert waren und höhere CO_2-Emissionen aufwiesen. Besser machte es die Obama-Administration: der *American Recovery Act* von 2009 förderte in den Folgejahren die Entstehung von fast einer Million *clean energy jobs* in der Wind- und Solarbranche (Lashof 2020).

Eine weitere Lehre ist, dass manche Konjunkturmaßnahmen Gefahr laufen, Strukturwandel zu verhindern. Ein Beispiel aus der Finanzkrise 2008 sind sogenannte "Zombiebanken", die nur noch durch Subventionen und Liquiditätsspritzen am Leben gehalten wurden. Die Gefahr einer Wiederholung solcher nicht intendierter Folgen von Konjunkturmaßnahmen besteht auch heute – z.B. wenn für die kurzfristige Krisenbekämpfung der grundlegende Strukturwandel "pausieren" soll:

> *"Europe should forget about the Green Deal now and focus on the coronavirus instead."*
>
> **Andrej Babiš,**
> **Tschechischer Premierminister**

Abbildung 1: Mit der Finanzkrise verlor der Klimawandel an politischer Präsenz: Häufigkeit der Begriffe in Wortmeldungen im österreichischen Parlament



Quelle: Momentum Institut Online, https://www.momentum-institut.at/parlagram

[5] https://web.archive.org/web/20090322190753/http://www.bmf.gv.at/Steuern/Fachinformation/NeueGesetze/koprmiengesetz-Versc_9322/_start.htm

Eine nachhaltige Strukturpolitik versucht aber nicht, Strukturwandel zu "verhindern", sondern erkennt ihn an und nutzt ihn, um gesellschaftliche Ziele (Klimaschutz, nachhaltige Entwicklung, andere) durch ihn zu erreichen (vgl. Bär/Jacob 2013). Daher gilt es, Konjunkturmaßnahmen und Forderungen auf ihre langfristigen Effekte hin zu prüfen und nicht nur auf ihren kurzfristigen Beitrag. Beachten wir dies, so kann die Mobilisierung enormer Geldbeträge weltweit auch dazu dienen, eine "historische Chance" zu nutzen, um Wirtschaftskrise und Klimakrise gemeinsam zu bearbeiten:

> *"Governments need to make sure they keep clean energy transitions front of mind as they respond to this fast-evolving crisis (...) They have a historic opportunity today to steer those investments onto a more sustainable path."*
>
> **Fatih Birol, Generaldirektor der Internationalen Energieagentur**

Über viele kurzfristig notwendige Maßnahmen (Abschnitt 1) herrscht weitgehende Einigkeit. Nationale Regierungen mobilisieren für die Krisenbekämpfung Beträge in zwei- oder dreistelliger Milliardenhöhe und ergreifen Maßnahmen, die vor kurzem noch nicht denkbar waren. In Österreich wird das Null-Defizit, ein zentraler wirtschaftspolitischer Pfeiler der regierenden ÖVP, gekippt. Aufgrund dieser gewaltigen Hebel sollten wir uns sehr genau überlegen, wie wir damit umgehen und uns vor einem kurzsichtigen Krisenmanagement hüten, das die langfristigen Ziele ausblendet (d.h. wir sollten das "Falsche" lassen). Stattdessen müssen wir das "Richtige" zu tun und dabei an morgen denken, d.h. Maßnahmen implementieren, die kurzfristige Interessen (konjunkturelle Stabilisierung) mit der Langfristperspektive (Energiewende, Dekarbonisierung, Digitalisierung) verbinden. Solche Ideen in konkrete Maßnahmen in Konjunkturpaketen umzusetzen, würde tatsächliche Win-Win-Situationen schaffen.

3 Das "Falsche" lassen!

"Primum non nocere – erstens nicht schaden" ist Teil des hippokratischen Eids. Dasselbe sollte für das "Heilen" einer Wirtschaftskrise gelten. Ansonsten droht die Gefahr, dass die Bekämpfung der kurzfristigen Krise dazu führt, dass wir drängende Aufgaben zurückstellen und so einen Schritt nach vorn und gleichzeitig zwei Schritte zurück machen. Denn, wie Michael Thöne, Direktor des Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstituts in Köln, wirtschaftspolitischer Berater der Deutschen Bundesregierung und Beirat des FÖS, korrekt anmerkt: "Die Coronakrise relativiert die anderen Probleme zwar; deren absolute Größe nimmt aber nicht ab. Es ist vielmehr ein zusätzliches, sehr großes und akutes Problem obendrauf gekommen" (Thöne 2020).

Auf europäischer Ebene bringen zahlreiche Akteure ihre Forderungen in die aktuelle Debatte zu den konjunkturellen Verwerfungen in Folge der Corona-Krise bereits ein. Teils tauchen Forderungen von vor der Krise jetzt im Kleid der „notwendigen Konjunkturmaßnahme" wieder auf. Einige davon stehen im Konflikt mit den langfristigen Zielen im Klimaschutz. Beispiele dafür sind:

- **Polen:** Abschaffung des europäischen Emissionshandels (Barteczko 2020)
- **Tschechien:** Europäischen Green Deal „auf Eis legen" (Simon 2020)
- **Deutschland:** Verschiebung der nationalen Einführung des CO_2-Preises und der Düngemittelverordnung (ntv 2020)
- **In mehreren EU-Ländern**: Verschiebung der Einführung, bzw. Erhöhung von Luftverkehrssteuern (Morgan 2020a; Kiani-Kreß 2020; RND 2020)

Die aktuelle Krise unterscheidet sich von typischen Wirtschaftskrisen[6], weshalb diese Forderungen nicht nur aus klimapolitischer Sicht großen Schaden anrichten würden, sondern auch in der jetzigen Situation kaum konjunkturelle Wirkung hätten.

Darüber hinaus verunsichern solche Forderungen Akteure, die sich auf langfristige Weichenstellungen ausgerichtet haben (z.B. Investoren in Erneuerbare Energien, oder Unternehmen, die in ihre Dekarbonisierung investieren), sie verlangsamen den notwendigen Strukturwandel hin zu einer zukunftsfähigen, kohlenstoffarmen Wirtschaft. Insbesondere in einer Krise ist "Richtungsstabilität"[7] enorm wichtig und eine international koordinierte Konjunkturpolitik hat große Vorteile gegenüber einem

[6] Siehe Ausführungen von (Bofinger u. a. 2020), dazu, wie die aktuelle Situation sowohl eine Angebots- als auch Nachfragekrise darstellt.

[7] Dies gilt sowohl für Investitionsentscheidungen von Unternehmen, für Arbeitnehmer*innen, die darüber nachdenken, in welche Richtung sie sich weiterbilden in der Krise als auch Investoren, die ihre Mittel beispielsweise in den Ausbau Erneuerbarer Energien stecken.

Ansatz, in dem jedes Land unterschiedliche Schwerpunkte in nationalen Konjunkturpaketen setzt (OECD 2020). Und: die langfristigen Kosten eines unterlassenen, bzw. „verschobenen" Klimaschutzes übersteigen den Investitionsbedarf für die notwendige Dekarbonisierung deutlich. Diese Erkenntnis sollte seit dem Stern Review (Stern et al. 2006) *common sense* sein.

Im Sinne des Klimaschutzes zu vermeiden sind Investitionen in CO_2-intensive, langlebige Infrastrukturen, die auf Jahrzehnte hinaus hohe CO_2-Emissionen zementieren[8] und daher mit unseren Klimazielen nicht kompatibel sind. Konsistenz mit dem Pariser Abkommen ist für langfristige Investitionen zentral. Darauf zu prüfen sind z.B. Investitionen in den Straßenausbau (insb. Autobahnen und Schnellstraßen) oder auch konkret der Bau der 3. Start- und Landebahn am Flughafen Wien Schwechat.

4 Das "Richtige" tun und dabei an morgen denken

Der hippokratische Eid besagt weiter: "secundum cavere, tertium sanare – zweitens vorsichtig sein[9], drittens heilen". Ein "richtiger Ansatz" versucht folglich, kurz- und langfristige Herausforderungen zusammen zu denken: bei der Bearbeitung der akuten und kurzfristigen Auswirkungen die Anforderungen langfristiger Transformationsaufgaben nicht aus dem Blick zu verlieren und Synergiepotentiale zwischen den unterschiedlichen Zielen[10] zu finden:

1. **Gesundheit:** Maßnahmen senken die Zahl der Neuinfektionen und stärken das Gesundheitssystem.
2. **Soforthilfen für Arbeitnehmer*innen und Unternehmen:** Maßnahmen leisten kurzfristige Unterstützung für Arbeitnehmer*innen, Haushalte und Unternehmen, um soziale Härten und wirtschaftlichen Abschwung aufzufangen.
3. **Grüner Strukturwandel:** Maßnahmen lenken den wirtschaftlichen Neustart in die richtige Richtung und fördern einen nachhaltigen Strukturwandel.

"An morgen denken" heißt vor allem den grünen Strukturwandel im Blick zu behalten – ohne ihn werden wir keine österreichischen und europäischen Klimaschutz- oder Entwicklungsziele erreichen. Die massiven öffentlichen Ausgaben im Rahmen der Bekämpfung der Corona-Krise sollten wir als **Zukunftsinvestitionen** ansehen und nutzen, um Unternehmen und Arbeitnehmer*innen auf den Strukturwandel vorzubereiten[11], ihn zu beschleunigen und so wirtschaftliche Chancen und Klimaschutz zu verbinden.

Die folgenden Beispiele für Maßnahmen sind eine Einladung, diese kritisch zu reflektieren und kreativ nachzudenken, in welchen Bereichen weitere Synergiepotenziale zwischen Kurzfrist und Langfrist liegen.

4.1 Luftverkehrsbranche: das Falsche lassen und an morgen denken

Kurzfristig ist die Luftverkehrsbranche natürlich von der Krise enorm hart getroffen und sollte in angemessenem Umfang gestützt werden. Sinnvolle Ansätze liegen bei den Angestellten (Kurzarbeit, Weiterbildung, Corona-Elterngeld, etc.)[12] als auch bei den Unternehmen (insb. Liquiditätshilfen, Stundungen). Die notwendigen Unterstützungen sollten jedoch an Bedingungen gekoppelt werden, wie beispielsweise einen verpflichtenden Unternehmenspfad zur Dekarbonisierung oder die Einhaltung von Arbeitsgesetzen.

Langfristig könnten die Hilfsgelder mit der Erhöhung von Investitionen in klimafreundliche Technologien (z.B. die Erhöhung der Forschungsausgaben für alternative Kraftstoffe, klimafreundliche Antriebe etc.) verknüpft werden.[13] Der wirtschaftliche Neustart muss auf den notwendigen Wandel hin ausgerichtet werden.

4.2 Städtischer Verkehr: Win-Wins für Gesundheit & Umwelt ermöglichen

Ein großes Problem der jetzigen Krise ist die Mobilität. Der Güter- und Personenverkehr muss trotz der gesundheitlichen Risiken aufrechterhalten werden, um kritische Transportströme und Dienstleistungen zu ermöglichen. Ein

[8] In der Wissenschaft wird dies als "carbon lock-in" bezeichnet. Einen Überblick dazu gibt das Stockholm Environment Institute: https://www.sei.org/publications/carbon-lock-in-from-fossil-fuel-supply-infrastructure/

[9] Vermutlich ein "Luxus", den politische Entscheidungsträger*innen aktuell gern hätten und nicht haben.

[10] Das Drei-Phasen-Modell von Fischedick & Schneidewind (2020) ähnelt unserem Ansatz.

[11] Hier geht es also genau darum, wie Fischedick und Schneidewind (2020) es nennen, "gezielt Synergiepotenziale für dringend notwendige Zukunftsinvestitionen auszuschöpfen".

[12] Lashof (2020) argumentiert sehr ähnlich zu den Arbeitnehmer*innen, die in der US-Erdölbranche eben ihre Jobs verlieren: "Let's help those workers directly, such as by direct payments and extended unemployment and health benefits—not by increasing subsidies for oil production or bailing out oil companies."

[13] Eine ökologisch wie ökonomisch kurzfristig sinnvolle Maßnahme ist das Verhindern von „Geisterflügen", die lediglich dazu dienen, dass Airlines ihr Anrecht auf Flug-Slots nicht verlieren. Die Europäische Kommission hat inzwischen reagiert und die Regelung für vier Monate ausgesetzt (Morgan 2020b).

kurzfristiger Beitrag zur Lösung dieses Problems könnten Investitionen in die gesundheitliche Sicherheit, z.B. durch Desinfektion von Bussen, Bahnen etc. sein. Vorbilder sind ggf. Städte, die Erfahrung mit Epidemien in dicht besiedelten Gebieten haben, wie Hongkong oder Singapur.

Zu erwarten ist eine steigende Bedeutung des Fahrrads im Personenverkehr. Angebote für Bike-Sharing[14] und Lastenräder[15] werden genutzt. Fahrrad-Werkstätten dürfen weiter geöffnet haben (ORF 2020). In Bogotá wurden temporär Straßen für den Fahrradverkehr umgewidmet, um Menschen Mobilität mit geringerer Ansteckungsgefahr zu erleichtern (Walker 2020). Zwar stellt auch der Autoverkehr eine risikoarme Alternative dar, jedoch steht vielen, vor allem einkommensschwachen, Menschen dieser nicht zur Verfügung.

Mit Blick auf die **lange Frist** wäre ein Umstieg auf Fahrrad und ÖPNV im städtischen Verkehr sinnvoll. Die sonst alltäglichen externen Effekte des städtischen Autoverkehrs (vor allem Lärm, Schadstoffemissionen und Stau) werden durch ihr Ausbleiben aktuell besonders deutlich. Es wird sich zeigen, ob die aktuelle Krise das Mobilitätsverhalten nachhaltig verändern wird, z.B. zu Gunsten des Fahrrads. In jedem Fall wird sie Chancen und Risiken des Status Quo offenlegen und Möglichkeiten für Zukunftsinvestitionen identifizieren.

4.3 Energiewende: Kurzfristige Hürden für PV-Investitionen abschaffen für Konjunktur und Energiewende

Kurzfristige Investitionen in kleine und mittlere Photovoltaikanlagen können die Konjunktur stützen und Beschäftigung sichern. Dazu sollte die Deckelung der PV-Förderung umgehend abgeschafft werden. Derzeit liegt die Deckelung der Investitionsförderung bei 24 Millionen Euro für Photovoltaikanlagen bis 500 Kilowatt Peak und 12 Millionen Euro für Stromspeicher (OeMAG Abwicklungsstelle für Ökostrom AG 2020). 2019 wurden die Mittel für Stromspeicherung von damals 6 Millionen Euro nach nur 46 Sekunden abgeschöpft (Die Presse 2019). Hier sollte also zeitnah überprüft werden, ob diese Mittel ähnlich schnell abgeschöpft werden und wie sie erhöht werden kann, damit sie in der aktuellen Krisensituation einen Beitrag zur wirtschaftlichen Erholung und zur Sicherung von Beschäftigung leisten können. Mit jedem Gigawatt installierter Leistung werden Arbeitsplätze geschaffen und ein großer Teil der Wertschöpfung bei der Installation von Photovoltaik verbleibt im Inland. Mit Erreichung des im Regierungsprogramm verankerten Ausbauziels von 11 Terrawattstunden Photovoltaikstrom könnten laut Einschätzungen des Bundesverbands Photovoltaic Austria bis zu 200.000 Arbeitsplätze geschaffen werden.[16]

Investitionen in einen beschleunigten Ausbau der Photovoltaik können in einem Konjunkturpaket eine bedeutende Rolle spielen. Insbesondere kleine und mittlere PV-Anlagen können schnell realisiert werden (von ein paar Wochen bis zu etwa einem Jahr für Großprojekte) und so kurzfristig den Arbeitsmarkt beleben und langfristig die Dekarbonisierung (und die Ausbauziele der Regierung) vorantreiben. Die angebotsseitigen Probleme in der europäischen PV-Branche sind gering. Die Angst, dass PV-Lieferketten unterbrochen seien und in Österreich nicht ausgeliefert werden können, ist nicht stichhaltig.[17]

In **langfristiger** und globaler Perspektive geht es darum, dass Investitionen in naturverträgliche, erneuerbare Energien nicht zum Erliegen kommen, sondern dass Regierungen diese "historische Chance" nutzen, den weltweiten Umbau der Energiesysteme zu beschleunigen (Birol 2020). Für Österreich wäre ein Aufheben des PV-Deckels und Förderung der Installation von (insbesondere kleinen und mittleren) PV-Anlagen und Stromspeicher[18] doppelt sinnvoll – zur kurzfristigen Stützung der konjunkturellen Situation und für die langfristige Dekarbonisierung der Stromerzeugung. Zusätzlich bieten die Maßnahmen der Regierung die Chance, ihr Ziel aus dem Regierungsprogramm "1 Million Dächer mit Photovoltaik auszustatten" zeitnah zu erreichen.

---

[14] Bei der Nutzung von Bikesharing (ebenso Carsharing) stellt sich die Frage der Übertragungsmöglichkeit zwischen Nutzer*innen über Oberflächen (insb. die Lenker/ Lenkräder). Das RKI bemerkt hierzu: „Hingegen ist eine Übertragung über unbelebte Oberflächen bisher nicht dokumentiert." Andere Quellen in den Medien sprechen von bis zu 72 Stunden, die die Viren auf Oberflächen überleben können (SPIEGEL 2020).

[15] Als Beispiel sei hier auf das Förderprogramm für Lastenfahrräder der Wiener Mobilitätsagentur verwiesen: https://www.fahrradwien.at/transportfahrrad/foerderung/ Die Website der Radlobby Österreich gibt einen Überblick zu Programmen in ganz Österreich: https://www.radlobby.at/foerderungen-fuer-transportraeder

[16] 30.000 davon sind dauerhaft zu erwarten durch die Wartung der Anlagen. Die Studie von Photovoltaic Austria ist noch nicht veröffentlicht.

[17] Die Analysten von Wood Mackenzie betonen, dass die asiatischen Lieferketten für Photovoltaik und Stromspeicher sich bereits wieder erholen (Wood Mackenzie 2020).

[18] Gleiches gilt auch für Investitionen in die Ladeinfrastruktur für den Verkehrssektor.

4.4 Öffentliche Förderung von energetischer Gebäudesanierung: Win-Win für Bauwirtschaft & Klimaschutz

Wenn **kurzfristig** Investitionen aus dem Regierungsprogramm (bspw. für energetische Gebäudesanierung, Austausch von Kohle- und Ölheizungen) beschleunigt werden könnten, trüge dies zur Stabilisierung der Wirtschaftslage bei und hätte langfristig positive Wirkungen. Insbesondere Investitionen in Energieeffizienz können dabei starke Beschäftigungswirkungen haben (Umweltbundesamt 2019). Wichtig wäre dabei zu prüfen, welche Maßnahmen kurzfristig umgesetzt werden können.[19]

Langfristig sind höhere öffentliche wie private Investitionen nötig, um die Energienachfrage des Gebäudesektors zu senken. Je mehr Gelder aus den Konjunkturpaketen dafür gehebelt werden, desto wahrscheinlicher wird es, die Klimaziele 2030 und die Klimaneutralität 2040 zu erreichen.

4.5 Arbeitswelt: vom kurzfristigen "Zwang zum Arbeiten von zuhause" zu mehr Zusammenarbeit und weniger Dienstreisen

Kurzfristig verspricht das mobile Arbeiten von Zuhause[20] in der aktuellen Situation ein Win-Win-Win: Menschen stellen keine Infektionsgefahr für andere dar; sie können grundsätzlich, wenn auch eingeschränkt, weiter arbeiten und ihre Kinder betreuen; letztlich wird viel weniger gependelt, und die Umweltbelastung sinkt.[21] Kurzfristig entstehen hier enorme Wachstumspotenziale für Anwendungen, die digitales Zusammenarbeiten[22] und digitale Weiterbildung verbessern.[23] Kurzfristig wichtig ist, Unternehmen und deren Arbeitnehmer*innen dabei zu unterstützen, zeitnah ihre Arbeitsabläufe und Zusammenarbeit zu verbessern.[24]

Aus ökologischer Sicht spannend ist die **langfristige** Perspektive. Wie schnell werden wir besser im Home Office arbeiten, wie sehr nehmen Arbeitgeber*innen Home Office Nutzung nicht mehr als "notwendiges Übel" wahr, sondern als effiziente Option? Auf wie viele Dienstreisen können und wollen wir in Zukunft verzichten, weil wir inzwischen bessere, digitale Alternativen kennen und schätzen gelernt haben? Hierin liegen Potenziale, die ökologischen Vorteile des "weniger Pendeln Müssens", bzw. von weniger "auf Dienstreise gehen müssen" auch langfristig zu verstetigen. Um dieses Potenzial zu erschließen, sollten die "Home Office Erfahrungen" der jetzt von zuhause aus Arbeitenden, wissenschaftlich begleitet werden, um Erkenntnisse zu gewinnen, inwiefern wir uns umorientieren müssen, um langfristig besser ortsungebunden[25] arbeiten zu können, weniger "Dienstreisen müssen" und so auch die Umwelt weniger zu belasten.

[19] In diesem Kontext könnten auch Reparaturen an öffentlichen Infrastrukturen (z.B. der Schieneninfrastruktur) ein spannendes Thema sein. Neubauten von Bahnfahrten sind langfristig sinnvoll, aber aufgrund ihres Planungshorizonts kein kurzfristiger Beitrag.

[20] Der Begriff "Home Office" wird hier umgangssprachlich genutzt für das Arbeiten von Zuhause aus. In vielen Unternehmen gelten für „Home Office" die gleichen Arbeitsschutzbestimmungen, wie für Arbeitsplätze im Unternehmen. In der aktuellen Situation und dem in vielen Fällen „improvisierten" Home Office Bedingungen muss streng genommen vom mobilem Arbeiten von Zuhause aus gesprochen werden.

[21] Zur Vollständigkeit gehört der Hinweis, dass mobiles Arbeiten nicht *per se* mit ökologischen Vorteilen verbunden ist – beispielsweise wenn dazu erst einmal ein zusätzlicher Rechner, Monitor, etc. beschafft wird.

[22] Hier geht es beispielsweise um Software für digitale Meetings (Skype, Google Hangout, Zoom, Go to meeting, etc.) & für Interaktionen zwischen Teilnehmer*innen von Meetings (Mentimeter, slido.com, Click Meeting, etc.).

[23] MOOCs (*massive open online courses*) und digitale Bildungsangebote (z.B. udemy, edX, P2PU, Khan Academy) können kurzfristig in der Krise Alternativen darstellen zu Weiterbildungsformaten vor Ort, die aktuell nicht möglich sind.

[24] Hier ist zu klären, wer diese Beratung leisten kann – die lokalen IHKs oder Gewerkschaften könnten hier eine Rolle spielen.

[25] Die Frage hat nicht nur eine ökologische, sondern auch soziale Dimension: vor dem Hintergrund der Mietendebatte in Großstädten (in Deutschland stärker als in Österreich) und der Landflucht zeigt sich hier eine langfristige Chance: wenn Dörfer es schaffen, Menschen die notwendigen Infrastrukturen für Home Office-Arbeit bereitzustellen, kann dies ortsungebundene Arbeitsplätze aus den Städten aufs Land zu holen. Solche Potenziale sollten aktiv erschlossen werden in Pilotprojekten losgelöst von der Frage, ob / wann die nächste Pandemie uns „zwingt", von zuhause zu arbeiten.

4.6 Weiterbildung: die kurzfristige Bremsung nutzen, um sich für die Anforderungen von morgen fit zu machen

Für einige Beschäftigte und Unternehmen bietet die Krise **kurzfristig** die Möglichkeit, sie zur Weiterbildung zu nutzen.[26] Einige Weiterbildungsangebote haben potenziell auch ökologisch positive Auswirkungen. Durch *„green skills"* Angebote können sich Arbeitnehmer*innen gezielt für den Strukturwandel von morgen weiterbilden.[27]

Ein wichtiger Flaschenhals ist die Frage, ob und wie übliche Präsenztrainings digitalisiert werden können, damit an Weiterbildung Interessierte zeitnah diese Angebote in Anspruch nehmen können.[28] Bei Anbietern von beruflichen Weiterbildungen ist häufig eine Präsenz nötig, um bestimmte Zertifizierungen zu erwerben. Die reine Wissensvermittlung kann in vielen Fällen durchaus auch digital vermittelt werden. Hier ist zu prüfen, wie die Zeit der Krise genutzt werden kann für die inhaltliche Weiterbildung und die notwendigen Prüfungen nach der Krise nachgeholt werden können.

Langfristig sind diese Überlegungen bedeutsam für die Frage, wie wir die Zeit der Krise zur Weiterbildung nutzen können, um individuelle Arbeitnehmer*innen[29] (als auch deren Unternehmen!) fit zu machen für die kommenden Strukturwandelprozesse in ihren Branchen - um auch langfristig Beschäftigung zu guten Arbeitsbedingungen in Österreich zu gewährleisten.

4.7 Energiepreise: bei niedrigen Ölpreisen klimaschädliche Subventionen abbauen

Kurzfristig können die niedrigen Rohölpreise dazu führen, dass Anstrengungen im Bereich der **Energieeffizienz** zurückgehen (Birol 2020). Gleichzeitig bietet die Situation ein Möglichkeitsfenster, die 160 Mrd. $ an **umwelt- und klimaschädlichen Subventionen für Öl** weltweit anzugehen und den festgefahrenen internationalen Prozessen (beispielsweise im G20 Peer Review Prozess zur Berichterstattung zu umweltschädlichen Subventionen) zum Subventionsabbau einen neuen Anstoß zu geben. Der Internationale Währungsfonds veröffentlicht im Mai jeden Jahres ein Update zu weltweiten Subventionen für fossile Energieträger (Coady et al. 2019). Die Akzeptanz für den Abbau dieser Subventionen könnte aufgrund des niedrigen Preisniveaus höher sein.[30]

Langfristig wären Fortschritte in diesem Bereich doppelt wichtig - aus fiskalischen und aus klimapolitischen Motiven. Der Abbau umweltschädlicher Subventionen (z.B. Kerosinsteuerbefreiung und Dieselprivileg) könnte in Österreich bis zu 4,7 Milliarden Euro[31] freisetzen, die der Staat zur Finanzierung der Konjunkturmaßnahmen brauchen wird, und gleichzeitig die Abkehr von fossiler Energie enorm voranbringen.

4.8 Soziale Dimension priorisieren: kurzfristige Härten auffangen

> *"Umweltfragen sind immer Verteilungsfragen und Verteilungsfragen sind immer Gerechtigkeitsfragen"*
>
> **Maja Göpel, Generalsekretärin des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU)**

Kurzfristig können Hilfs- und Investitionspakete den Wirtschaftsabschwung aufhalten, Arbeitsplätze sichern und Unternehmen stabilisieren. Wirtschaftliche Hilfen und Konjunkturmaßnahmen haben per se eine Verteilungsdimension und kommen, je nach Ausgestaltung, stärker der einen oder anderen Gruppe zugute. Dies bedeutet, dass das Risiko besteht, durch die Art der Krisenbekämpfung die ohnehin bestehende Ungleichheit von Einkommen und Vermögen noch zu verstärken. Vermögenswerte wie Aktien und Anleihen befinden sich überproportional im

[26] Grundsätzlich besteht die Möglichkeit, während Kurzarbeit Weiterbildungen zu beantragen und gefördert zu bekommen. Ggf. sollte geprüft werden, ob diese Angebote bei einer längeren Krisenzeit ausgeweitet werden (Arbeitsmarktservice 2020).

[27] Ein Beispiel hierfür wären beispielsweise Kfz-Mechaniker, die sich weiterbilden im Bereich Elektromobilität.

[28] Die Formulierung liegt hier bewusst beim „Starten" – eine Fertigstellung kann sicher auch nach dem Ende der Krise erfolgen.

[29] Langfristig müssen die Weiterbildungsangebote für *"blue-collar"* Arbeitskräfte erweitert werden. Die heute existierenden Angebote, die digital stattfinden können, sind häufig sehr stark auf Büroangestellte und deren Bedarfe ausgerichtet.

[30] Krisensituationen können als Katalysator für den Abbau von umweltschädlichen Subventionen fungieren (vgl. Bär et al. 2011).

[31] Dies ist die Höhe umweltschädlichen Subventionen in Österreich (Kletzan-Slamanig/Köppl 2016).

Besitz von vermögenden Menschen und sind daher Treiber von Ungleichheit (siehe z.B. Runkel 2014, Kuhn et al. 2018). Die fallenden Immobilien- und Vermögenswerte der Finanzkrise 2008 unterbrachen daher den seit Jahrzehnten andauernden Trend der wachsenden Ungleichheit. Seither jedoch sind die Ungleichheit der Einkommen und Vermögen in vielen Ländern wieder stark gestiegen (siehe z.B. Spannagel/Molitor 2019).

In der Antwort auf Covid-19 muss die soziale Dimension aller Maßnahmen stärker geprüft werden, um die gesellschaftliche Akzeptanz der Hilfs- und Konjunkturmaßnahmen zu sichern. Staatliche Hilfen für Großunternehmen sollten nicht ohne Bedingungen vergeben werden[32] (siehe z.B. Lazonick et al. 2020) und der Erhalt von Arbeitsplätzen muss gegenüber dem Shareholder-Value klar priorisiert werden.

Langfristig sind Verteilungsfragen und die Wahrnehmung der Menschen, dass es in unseren Gesellschaften "gerecht" zugeht, sehr wichtig. Eine gesellschaftliche Transformation zur Nachhaltigkeit bedingt auch ein stärkeres Maß an gesellschaftlichem Zusammenhalt. Die Ungleichheit zwischen armen und reichen Gruppen innerhalb unseren Gesellschaften und im internationalen Kontext ist stark gestiegen: während weltweit die reichsten 1% über 20% des globalen Einkommens erhalten, sind es für die ärmsten 50% mit unter 10% weniger als die Hälfte (WID 2018). Ökonomische Forschung zeigt auch, dass die Höhe der Vermögen, die heute in *offshore* Steueroasen „versteckt" werden, über die letzten vier Jahrzehnte auf 10% des weltweiten BIP angewachsen ist und diese nur dem reichsten Teil der reichsten 1% gehören (Alstadsæter et al. 2018).[33] Die Tatsache, dass riesige Vermögen *offshore* vor Steuerbehörden "versteckt" werden können, schadet uns allen, schränkt die Handlungsfähigkeit unserer Gemeinwesen (z.B. zur Finanzierung der Gesundheitssysteme) ein und polarisiert unsere Gesellschaften.

[32] Wie solche Vereinbarungen aussehen und deren Einhaltung gesichert werden kann, ist stark vom Einzelfall abhängig.

[33] Alstadsæter et al. (2018) bemerken dazu: "... offshore wealth turns out to be extremely concentrated: the top 0.1% richest households own about 80% of it, and the top 0.01% about 50%."

Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft
Tel: +49 (0) 30 76 23 991 - 30
Fax: +49 (0) 30 76 23 991 - 59
www.foes.de / foes@foes.de

LITERATURVERZEICHNIS

Alstadsæter, A., Johannesen, N., & Zucman, G. (2018): Who owns the wealth in tax havens? Macro evidence and implications for global inequality. *Journal of Public Economics*, 162, 89-100. Abrufbar unter: https://www.sciencedirect.com/science/article/abs/pii/S0047272718300082. Letzter Zugriff: 25.03.2020.

Arbeitsmarktservice (2020): Kurzarbeit » Förderung der Qualifizierung | AMS. Abrufbar unter: https://www.ams.at/unternehmen/personalsicherung-und-fruehwarnsystem/ams-unterstuetzung/foerderung-der-qualifizierung-bei-kurzarbeit. Letzter Zugriff am: 26.3.2020.

Bär, H., Jacob, K., Meyer, E., Schlegelmilch, K. (2011): Wege zum Abbau umweltschädlicher Subventionen. Abrufbar unter: http://www.foes.de/pdf/Studie Subventionsabbau fin.pdf. Letzter Zugriff am: 27.7.2015.

Bär, H., Jacob, K. (2013): Nachhaltige sektorale Strukturpolitik. In: von Hauff, M., Nguyen, Thuan (Hg.): Nachhaltige Wirtschaftspolitik. Baden-Baden. S. 253–276.

Bär, H., Runkel, M. (2020): Wie notwendige Wirtschaftshilfen die Corona-Krise abfedern und die ökologische Transformation beschleunigen können. Abrufbar unter: https://foes.de/publikationen/2020/2020-03-FOES-Wirtschaftshilfen-Corona-Krise.pdf.

Bareiß, T. (2020): Thomas Bareiß auf Twitter: 'Nur weil hier immer noch manche glauben, dass der #Solardeckel oder die #Windabstand Regelung die dringendsten Problem sind: Wir haben gerade noch ein paar andere drängendere Themen zu bewältigen, die unser ganzes Land betreffen!! #coronavirus' / Twitter. Abrufbar unter: https://twitter.com/thomas_bareiss/status/1238761944363958275. Letzter Zugriff am: 17.3.2020.

Barteczko, A. (2020): EU should scrap emissions trading scheme, Polish official says. Artikel vom: Reuters. Abrufbar unter: https://www.reuters.com/article/us-health-coronavirus-poland-ets-idUSKBN2141RC. Letzter Zugriff am: 20.3.2020.

Birol, F. (2020): Put clean energy at the heart of stimulus plans to counter the coronavirus crisis – Analysis. Abrufbar unter: https://www.iea.org/commentaries/put-clean-energy-at-the-heart-of-stimulus-plans-to-counter-the-coronavirus-crisis. Letzter Zugriff am: 17.3.2020.

Bofinger, P., Dullien, S., Felbermayr, G., Fuest, C., Hüther, Michael, Südekum, J., Weder di Mauro, B. (2020): Wirtschaftliche Implikationen der Corona-Krise und wirtschaftspolitische Maßnahmen. Abrufbar unter: https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/policy_papers/PDF/2020/IW-Policy-Paper_2020-COVID.pdf.

Bundesverband Solarwirtschaft (2020): Der Bundesverband Solarwirtschaft e.V. übt scharfe Kritik an der erneuten Verschiebung einer Entscheidung zum künftigen Ausbau von Solardächern in Deutschland › Bundesverband Solarwirtschaft. Abrufbar unter: https://www.solarwirtschaft.de/2020/03/12/der-bundesverband-solarwirtschaft-e-v-uebt-scharfe-kritik-an-der-erneuten-verschiebung-einer-entscheidung-zum-kuenftigen-ausbau-von-solardaechern-in-deutschland/. Letzter Zugriff am: 22.3.2020.

Coady, D., Parry, I., Le, N.-P., Shang, B. (2019): Global Fossil Fuel Subsidies Remain Large: An Update Based on Country-Level Estimates IMF Working Paper Fiscal Affairs Department Global Fossil Fuel Subsidies Remain Large: An Update Based on Country-Level Estimates Prepared by. In: IMF Working Paper. Jg. 19, Nr. 89. Abrufbar unter: https://www.imf.org/en/Publications/WP/Issues/2019/05/02/Global-Fossil-Fuel-Subsidies-Remain-Large-An-Update-Based-on-Country-Level-Estimates-46509.

Die Presse (2019): Stromspeicher-Förderung nach 46 Sekunden ausgeschöpft. Abrufbar unter: https://www.diepresse.com/5628770/stromspeicher-forderung-nach-46-sekunden-ausgeschopft. Letzter Zugriff am: 26.3.2020.

Enkhardt, S. (2020): BSW-Solar fordert wegen Corona-Virus eine Fristverlängerung für Realisierung großer Photovoltaik-Projekten. Abrufbar unter: https://www.pv-magazine.de/2020/03/17/bsw-solar-fordert-wegen-corona-virus-eine-fristverlaengerung-fuer-realisierung-grosser-photovoltaik-projekten/. Letzter Zugriff am: 17.3.2020.

FÖS (2019): Die Finanzierung Deutschlands über Steuern auf Arbeit , Kapital und Umweltverschmutzung. Berlin.

Gkantiragas, A. (2020): Why more than 500 political figures and academics globally have called for universal basic income in the fight against coronavirus. Abrufbar unter: https://www.independent.co.uk/voices/letters/coronavirus-universal-basic-income-ubi-poverty-economy-business-migrants-a9408846.html. Letzter Zugriff am: 22.3.2020.

Haufe.de (2020): Grünen-Antrag abgelehnt: Förderung für Solarstrom droht das Aus. Abrufbar unter: https://www.haufe.de/immobilien/wirtschaft-politik/eeg-gesetzentwurf-zur-streichung-von-solar-deckel-liegt-vor_84342_504774.html. Letzter Zugriff am: 17.3.2020.

Hürlimann, K. (2020): Blümel: Konjunkturpaket nach der Corona-Krise wahrscheinlich. Abrufbar unter: https://www.tt.com/artikel/30725281/bluemel-konjunkturpaket-nach-der-corona-krise-wahrscheinlich. Letzter Zugriff am: 26.3.2020.

Kiani-Kreß, R. (2020): Höhere Luftverkehr-Steuer trotz Corona?: „Nicht die am stärksten betroffene Branche abkassieren. Abrufbar unter: https://www.wiwo.de/my/unternehmen/dienstleister/hoehere-luftverkehr-steuer-trotz-corona-nicht-die-am-staerksten-betroffene-branche-abkassieren/25613896.html. Letzter Zugriff am: 20.3.2020.

Kletzan-Slamanig, D., Köppl, A. (2016): Umweltschädliche Subventionen in den Bereichen Energie und Verkehr. Wien.

Krugman, P. (2020): 3 Rules for the Trump Pandemic. Abrufbar unter: https://www.nytimes.com/2020/03/19/opinion/trump-coronavirus.html. Letzter Zugriff am: 22.3.2020.

Kuhn, M., Schularick, M., Steins U. (2018): Asset prices and wealth inequality. Abrufbar unter: https://voxeu.org/article/asset-prices-and-wealth-inequality. Letzter Zugriff: 25.03.2020.

Lashof, D. (2020): US Coronavirus Response: 3 Principles for Sustainable Economic Stimulus. Abrufbar unter: https://www.wri.org/blog/2020/03/coronavirus-US-economic-stimulus. Letzter Zugriff am: 21.3.2020.

Lazonick, W., Hopkins, M., Jacobson, K., Palladino, L., Erdem Sakinç, M., Tulum, Ö. (2020): 4 Ways to Eradicate the Corporate Disease That is Worsening the Covid-19 Pandemic. Abrufbar unter: https://www.ineteconomics.org/perspectives/blog/4-ways-to-eradicate-the-corporate-disease-that-is-worsening-the-covid-19-pandemic. Letzter Zugriff: 25.03.2020.

Morgan, S. (2020a): Delay aviation tax because of coronavirus, says airline boss. Abrufbar unter: https://www.euractiv.com/section/aviation/news/delay-aviation-tax-because-of-coronavirus-says-airline-boss/?_ga=2.261775885.1645065242.1585092106-573103470.1584485983. Letzter Zugriff am: 27.03.20

Morgan, S. (2020b): Coronavirus: EU to suspend 'ghost flights' rule for 4 months. Abrufbar unter: https://www.euractiv.com/section/aviation/news/coronavirus-eu-to-suspend-ghost-flights-rule-for-4-months/. Letzter Zugriff am: 18.3.2020.

Mortsiefer, H. (2020): Corona löst Kettenreaktion in der Autoindustrie aus - Tagesspiegel Background. Abrufbar unter: https://background.tagesspiegel.de/mobilitaet-transport/corona-loest-kettenreaktion-in-der-autoindustrie-aus. Letzter Zugriff am: 24.3.2020.

ntv (2020): Wirtschaftskrise wegen Corona: FDP befürwortet Pause bei Umweltgesetzen - n-tv.de. Abrufbar unter: https://www.n-tv.de/wirtschaft/FDP-befuerwortet-Pause-bei-Umweltgesetzen-article21653378.html. Letzter Zugriff am: 20.3.2020.

OECD (2020): Coronavirus: The world economy at risk. Paris.

OeMAG Abwicklungsstelle für Ökostrom AG (2020): Investitionsförderung: Informationen zur Investitionsförderung bei PV-Anlagen und Stromspeicher. Abrufbar unter: https://www.oem-ag.at/de/foerderung/photovoltaik/investitionsfoerderung/. Letzter Zugriff am: 26.3.2020.

ORF (2020): Fahrradwerkstätten weiter offen. Abrufbar unter: https://wien.orf.at/stories/3040371/. Letzter Zugriff am: 26.3.2020.

Quartz (2020): Government bailouts are beginning: We're keeping track. Abrufbar unter: https://qz.com/1819776/here-are-the-coronavirus-bailouts-being-prepared-around-the-world/. Letzter Zugriff am: 26.3.2020.

RND (2020): FDP fordert Aufschub der Steuererhöhung für Flugtickets. Abrufbar unter: https://www.rnd.de/politik/fdp-fordert-aufschub-der-steuererhohung-fur-flugtickets-RS7P5HLI64UIJW2ACN3RA7SPKY.html. Letzter Zugriff am: 17.3.2020.

Runkel, M. (2014): Equity Prices. The Missing Link between Income Inequality and Financial Crises?: An empirical investigation. Abrufbar unter: https://www.grin.com/document/285240. Letzter Zugriff: 25.03.2020.

Simon, F. (2020): Green Deal facing delays due to coronavirus, EU admits. Abrufbar unter: https://www.euractiv.com/section/energy-environment/news/green-deal-facing-delays-due-to-coronavirus-eu-admits/. Letzter Zugriff am: 20.3.2020.

SPIEGEL (2020): Coronavirus: Sars-CoV-2 kann bis zu drei Tage auf Plastik überleben - DER SPIEGEL - Wissenschaft. Abrufbar unter: https://www.spiegel.de/wissenschaft/medizin/coronavirus-so-lange-ueberdauert-sars-cov-2-auf-oberflaechen-a-f84ce281-cac3-42e9-a52a-b1e2f035f56d. Letzter Zugriff am: 17.3.2020.

Stern, N. H., Britain, G., Treasury, H. M. (2006): Stern Review: The economics of climate change. Abrufbar unter: http://www.hm-treasury.gov.uk/d/bowes_1.pdf. Letzter Zugriff am: 1.4.2014.

Thöne, M. (2020): Von der Schwierigkeit, tragfähig in die Zukunft zu investieren. Und wie es doch zu schaffen ist Plus Nachbemerkung: Zukunftsinvestitionen in Zeiten der Corona-Pandemie. Abrufbar unter: http://www.fifo-koeln.org/images/stories/fifo-dp%2020-02%20thne%20zukunftsinvestitionen-corona.pdf.

Trading Economics (2019): Country List Government Debt to GDP. Abrufbar unter: https://tradingeconomics.com/country-list/government-debt-to-gdp. Letzter Zugriff am: 26.3.2020.

Umweltbundesamt (2019): Ökonomische Indikatoren von Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz: Investitionen, Umsätze und Beschäftigung in ausgewählten Bereichen. Dessau-Roßlau; Berlin.

Walker, P. (2020): Why not encourage cycling during the coronavirus lockdown?. Artikel vom: The Guardian. Abrufbar unter: https://www.theguardian.com/environment/bike-blog/2020/mar/20/why-not-encourage-cycling-during-the-coronavirus-lockdown. Letzter Zugriff am: 22.3.2020.

WID (2018): World Inequality Report 2018. Abrufbar unter: https://wir2018.wid.world/. Letzter Zugriff: 25.03.2020.

Wood Mackenzie (2020): Coronavirus impact update: Week of March 16: Report brochure and key takeaways. Abrufbar unter: https://www.woodmac.com/news/opinion/how-italys-lockdown-is-affecting-power-demand/.

IMPRESSUM

Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS)

Schwedenstraße 15

10827 Berlin

www.foes.de

Tabelle 1: Übersicht nationaler und internationaler Maßnahmen (Stand 19.03.2020)

Maßnahme	Land/ Institution	Beschreibung	Quellen
fiskalpolitische Maßnahmen			
Lohnzuschüsse, Lohnkostensubvention	DE, AUT	Kurzarbeitergeld: Agentur für Arbeit bzw. Arbeitslosenversicherung zahlt Ausgleich des Lohnverlusts durch Kurzarbeit.	4, 10, 15
	FR	Frankreich plant die Unterstützung von kurzfristig Arbeitslosen sowie die Lohnfortzahlung von Eltern während Schul-, Kitaschließung etc.	8, 10
	IT	Staatlicher Zuschuss bei Abfindungszahlungen für entlassene Arbeitnehmer*innen.	8
	AUS	Lohnzuschüsse für kleine und mittlere Unternehmen. Lohnzuschüsse für Auszubildende und Trainees.	6
	DK	Der Staat übernimmt in den nächsten drei Monaten 75% der Löhne bedrohter Jobs (bei >50 Entlassungen bzw. 30 % der Belegschaft).	7
Aufschub oder Unterstützung von Sozialabgaben etc.	DE, FR, ES		8
	AUS	Zuschüsse für Sozialhilfeempfänger.	6
	UK	Dreimonatiger "Zahlungsurlaub" für Haushalte mit Zahlungsschwierigkeiten bei Hypotheken.	8
	CHN	Aussetzung der Mehrwertsteuer für kleine Unternehme; Temporäre Aussetzung von Sozialversicherungsabgaben für Angestellte	16
Steuersenkungen	UK	Grundsteuern werden für ein Jahr ausgesetzt	8
Steuerabzüge	CHN	Möglichkeiten der Steuerabzüge für relevante Industrien	16
Steuerstundung	DE, FR, IT, UK, US, AUT	Die Steuerzahlung (z.B. Gewerbe- und Körperschaftssteuer) kann aufgeschoben werden.	8, 10, 13
	ES	Aufschub der Zahlungen von Hypotheken, Strom- und Energierechnungen etc.	8
Direkte Subventionen	EU	EU-Staaten dürfen Firmen bis zu 500.000 Euro direkte Finanzhilfe zahlen. Lockerung der Richtlinien für nationale Beihilfen und der Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts ("Schuldendeckel"). Investitionsinitiative aus den Mitteln des Strukturfonds.	3, 4
	CHN	Subventionen für Airlines	16
staatliche Darlehen und Kreditgarantien	DE, FR, IT, US, AUT, CHN		8, 10, 13, 16
	ES	100 Mrd. Euro Kreditgarantien für kleine und mittlere Unternehmen	8
geldpolitische Maßnahmen			
Zinssenkung	USA, CA, AUS, CHN	Absenkung des Leitzins	1, 6, 10
Liquiditätshilfen, Kreditvergabe	JP, USA,		1, 10
	CHN	Die Zentralbank senkt Quote der Mindestreserveanforderung	16
	EZB	Banken im Euroraum steht ein dreistelliger Mrd. Betrag in den nächsten drei Monaten zur Verfügung (Brückenfinanzierung)	3
Ankäufe von Anleihen, Aktien etc.	EZB	seit Nov. 2019, Fokus nun auf Unternehmensanleihen	2, 10
	JP	Die japanische Zentralbank kauft ETFs für rund 113 Mrd. Dollar im Jahr 2020. Weitere rund 18 Mrd. Dollar werden beiseite gestellt.	10
Kreditvergabe	EZB	Langfristtender an Banken	2
	UK	Kreditvergabe an Firmen (via Banken)	2
"Helikoptergeld" (Direktauszahlungen an Bürger*innen)	HK	umgerechnet ca. 1.200 Euro für alle erwachsenen Bürger*innen	2
	IT	500 Euro für Selbstständige; Cashbonus für Menschen, die während des Lockdowns arbeiten (z.B. Taxifahrer, Postzusteller).	8
	US	US-Bürger*innen sollen einen Scheck über 1.000 Dollar vom Staat erhalten. Ggf. werden weitere folgen.	12

Weltbank, Förderbanken etc.			
	IWF (international)	Betroffenen (Entwicklungs-)Ländern stehen u.a. 50 Mrd. Dollar zur Verfügung via Rapid Financing Instrument (RFI) und Rapid Credit Facility (RCF). Weitere Instrumente stehen zur Verfügung.	1, 5
	Weltbank (international)	12 Mrd. Dollar Soforthilfe für Entwicklungsländer u.a. durch die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung.	11
	KfW (DE)	822 Mrd. Euro Kreditprogramm für Unternehmen mit staatlichen Garantien. Ausweitung von Exportkrediten.	3, 8, 14
Sonstige			
Verstaatlichung		Verstaatlichung betroffener Konzerne (ähnlich auch den "bad banks" im Rahmen der Finanzkrise 2008)	
	DE	Das Land Bayern kauft Firmenanteile im Wert von 10 Mrd. Euro, der Stabilisierungsfond des Bundes kann sich zeitlich direkt an Unternehmen beteiligen (Umfang 600 Mrd. Euro)	8, 14
	FR	Die Option wird geprüft (Bsp. Air France)	8

Quellen:

1 https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/coronavirus-konjunktur-und-boerse-risiken-und-nebenwirkungen-der-corona-krise-a-6080ec59-0a2b-4ef6-b3d3-05b93157ca59

2 https://www.focus.de/finanzen/boerse/wirtschaft-unterstuetzen-das-arsenal-ist-lange-nicht-erschoepft-wie-die-ezb-die-corona-panik-bekaempfen-kann_id_11781393.html

3 https://www.absatzwirtschaft.de/eu-kfw-ezb-so-wird-die-wirtschaft-in-der-corona-krise-gestuetzt-170870/

4 https://www.absatzwirtschaft.de/milliardenhilfen-fuer-unternehmen-und-buerger-in-der-corona-krise-170815/

5 IMF (2020): "Policy Steps to Address the Corona Crisis"

6 https://treasury.gov.au/sites/default/files/2020-03/Overview-Economic_Response_to_the_Coronavirus.pdf

7 https://tribunemag.co.uk/2020/03/denmarks-answer-to-the-coronavirus-recession?fbclid=IwAR0BLrAlV9YjFmV3OTfQ9aogMO6aKqqg0pkNqHCggzMeL8sGvNbNDzMOZvc

8 https://www.ft.com/content/26af5520-6793-11ea-800d-da70cff6e4d3

9 https://www.telegraph.co.uk/business/2020/03/16/south-korea-japan-join-central-bank-efforts-combat-coronavirus/

10 https://www.reuters.com/article/us-health-coronavirus-economy-policy-fac/factbox-the-economic-remedies-for-the-coronavirus-idUSKBN2121C4

11 https://www.worldbank.org/en/news/factsheet/2020/02/11/how-the-world-bank-group-is-helping-countries-with-covid-19-coronavirus

12 https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/konjunkturprogramm-donald-trump-fuellt-die-ganz-grosse-giesskanne-a-a2d68e9f-a3a9-43ac-a8e8-d9525172f935

13 https://www.bundeskanzleramt.gv.at/bundeskanzleramt/nachrichten-der-bundesregierung/2020/hilfspaket-von-bis-zu-38-milliarden-euro-zur-bewaeltigung-der-coronavirus-Folgen.html

14 BMWi (03/20) "Schlaglichter der Wirtschaftspolitik April 2020 - Monatsbericht": https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Schlaglichter-der-Wirtschaftspolitik/schlaglichter-der-wirtschaftspolitik-04-2020.html

15 https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/wirtschaft/oesterreich/2055257-Luecken-bei-Corona-Kurzarbeitsloesung.html

16 https://voxeu.org/article/saving-china-coronavirus-and-economic-meltdown-experiences-and-lessons